LEITARTIKEL

Der Brexit und die nackte Wahrheit

Nach zehn Jahren wächst in Großbritannien die Einsicht, dass der EU-Austritt ein teurer Fehler war



SUSANNE EBNER
ksta-politik@
kstamedien.de

Es sei wie in dem Märchen von des Kaisers neuen Kleidern, sagte Andy Burnham am Montagabend in einer viel beachteten Rede. Niemand wolle die offensichtliche Wahrheit aussprechen. Doch er sage, wie er es sehe: Der harte Brexit, den Großbritannien ausgehandelt habe, sei nicht gut genug für das Land.

Deshalb wolle er eine grundsätzliche Debatte über das künftige Verhältnis zur Europäischen Union anstoßen. Auch eine Rückkehr in die EU schließt er dabei nicht aus.

Zehn Jahre nach dem Referendum wird der Brexit damit wieder zum großen politischen Streitthema im Land. Die alten Gräben brechen erneut auf. Oppositionsführerin Kemi Badenoch warf Burnham vor, in der Vergangenheit festzustecken.

Auch Nigel Farage, einst einer der wichtigsten Köpfe der Brexit-Kampagne und heute Chef der rechtspopulistischen Partei Reform UK, lehnt einen Wiedereintritt entschieden ab. Ehemalige Aktivisten starten neue Anti-EU-Kampagnen.

> **Der Brexit hat der britischen Wirtschaft geschadet. Nun braucht es mutige Schritte**

Doch Burnham hat gute Gründe, die alten Konflikte wiederzubeleben. Der Brexit hat der britischen Wirtschaft geschadet. Und solange die Regierung eine Rückkehr zum europäischen Binnenmarkt und zur Zollunion ausschließt, sind die Möglichkeiten, den Handel zu erleichtern, begrenzt.

Mit einem europafreundlicheren Kurs könnte Burnham auch Wähler zurückgewinnen, die sich zuletzt den Liberaldemokraten oder Grünen zugewandt haben. Gleichzeitig bringt er die politische Rechte in Schwierigkeiten. Viele gemäßigte konservative Wähler sehen den Austritt aus der EU inzwischen kritisch, während die Tories unter Badenoch weiter einen harten Kurs vertreten.

Zugleich konkurrieren die Konservativen mit Farages Reform UK um die Stimmen der Brexit-Befürworter. Während sich die Rechte also an der EU-Frage abarbeitet, könnte Burnham die europafreundliche Seite der Debatte für sich gewinnen. Ob er die Bevölkerung überzeugen kann, hängt jedoch vor allem davon ab, wie er seinen Kurs begründet.

Vor der Brexit-Abstimmung hatten abstrakt erscheinende wirtschaftliche Prognosen viele Menschen nicht erreicht. Nun muss Burnham deutlich machen, welche konkreten Vorteile eine engere Anbindung an die EU für die Menschen hätte – etwa, weil durch mehr Wirtschaftswachstum langfristig zusätzliche Mittel für den angeschlagenen nationalen Gesundheitsdienst NHS zur Verfügung stehen könnten.

Dass der Premier eine Debatte anstößt, statt den Briten eine Entscheidung von oben vorzugeben, ist dabei ein weiser Schachzug.

Wie begrenzt die Möglichkeiten einer Annäherung ohne einen grundlegenden Kurswechsel sind, könnte sich bereits am Freitag zeigen. Dann trifft Burnham in Brüssel die europäischen Spitzenvertreter zum lange erwarteten EU-UK-Gipfel. Zwei Jahre wurde verhandelt. Ein Abkommen über Lebensmittel- und Agrarstandards soll Handelshemmnisse abbauen. Außerdem wollen beide Seiten ihre Emissionshandelssysteme verknüpfen. Und jungen Briten und EU-Bürgern soll ermöglicht werden, für begrenzte Zeit im jeweils anderen Gebiet zu leben und zu arbeiten.

Klingt gut, reicht nicht. Die britische Regierung rechnet trotzdem langfristig mit einem nur um bis zu 0,4 Prozent höheren Bruttoinlandsprodukt. Der Brexit dürfte die Wirtschaftsleistung dagegen langfristig um rund vier Prozent verringern – verglichen mit einem damaligen Verbleib in der EU.

Mehr als zwei Jahre Verhandlungen für Vereinbarungen, die nicht einmal einen Bruchteil des ökonomischen Schadens ausgleichen?

Das zeigt vor allem eines: Wenn Großbritannien das Wirtschaftswachstum ankurbeln will, muss es mutigere Schritte wagen.

KOMMENTAR

Staatsversagen mit Ansage

USA sind nicht mehr masernfrei



LAURA BEIGEL
ksta-politik@
kstamedien.de

Das Problem ist nicht das Virus. Es ist ein politisch befeuertes Systemversagen, das in den USA zurzeit sichtbar wird. Wenn eine Krankheit, die seit mehr als 20 Jahren als ausgerottet galt, wieder Kinder ins Krankenhaus und in den Tod treibt, dann hat die Gesundheitspolitik auf ganzer Linie versagt.

Mehr als 5400 Fälle, mindestens sechs Tote und der Verlust des Status als masernfreies Land: Diese Zahlen sind ein Armutszeugnis für die führende Wirtschaftsnation der Welt. Doch sie überraschen nicht. Wer einen erklärten Impfgegner und Verschwörungstheoretiker wie Robert F. Kennedy Jr. an die Spitze des Gesundheitsministeriums setzt, darf sich über nachlassende Impfquoten nicht wundern. Jahrelang hat Kennedy Jr. Falschinformationen über Impfungen verbreitet – zum Beispiel, dass sie Autismus verursachen würden. Dadurch hat er das Vertrauen in die lebensrettenden Vakzine gezielt untergraben. Auch in die Masernimpfstoffe, die seit 1963 die US-Bevölkerung erfolgreich vor der Krankheit schützen.

> **Verlorenes Vertrauen lässt sich nicht per Knopfdruck reparieren**

Dass derselbe Minister angesichts der eskalierenden Lage nun doch wieder zur Masernimpfung aufruft, ist geradezu heuchlerisch. Wer jahrelang Zweifel an Impfungen gesät hat, kann nicht plötzlich als glaubwürdiger Mahner auftreten.

Dabei ist der Sinneswandel des Ministers grundsätzlich richtig: Ohne Impfungen lassen sich die Masern nicht stoppen. Die Impfstoffe sind da, sie wirken.

Doch um die Menschen zur Impfung zu bewegen, braucht es vor allem eine faktenbasierte Gesundheitspolitik, die wieder zur wissenschaftlichen Realität zurückkehrt. Verlorenes Vertrauen lässt sich nicht per Knopfdruck reparieren – schon gar nicht von denjenigen, die es zuvor selbst mutwillig zerstört haben.



Thomas Plaßmann

DEUTSCHE ZUSTÄNDE

„Der Jugend bricht die Zukunft weg“

Jahrzehntelang war die junge Generation kaum rebellisch – Zuletzt haben ihre Ängste und Sorgen zu einem ungesunden Ausdrucksstau geführt



STEPHAN GRÜNEWALD
ist Gründer des „rheingold“-Instituts in Köln für tiefenpsychologische Marktforschung. In seiner Kolumne spricht er aus psychologischer Sicht über gesellschaftlich relevante Vorgänge

Herr Grünewald, für den 20. November haben die Initiative „Gen Z regelt“ und andere Gruppen erneut zu einem bundesweiten „Protesttag“ aufgerufen. Verändert sich gerade eine Grundstimmung in der jungen Generation?
Wenn man auf die vergangenen 20 Jahre zurückblickt, hatten wir in Deutschland eine sehr friedliebende Jugend, die überhaupt nicht rebellisch war, sondern im Gegenteil die Verbundenheit mit der älteren Generation gepflegt hat.

Das war eher die Ausnahme?
Noch in meiner Jugend war der Konflikt der Generationen der Normalfall: Die Älteren diskreditieren die Ausdrucksformen der Jüngeren – aus Angst um den Status quo. Genau dagegen begehrten die Jüngeren auf und wollten sich ihre Freiheiten erkämpfen. In Deutschland ist diese Revolte der Jugend in den letzten Jahrzehnten ausgefallen.

Warum?
Ich habe dafür mehrere Erklärungsansätze. Erstens liegt es daran, dass die Erwachsenen in einen Jugendwahn verfallen sind. Sie haben die Jugendkultur nicht mehr bekämpft, sondern kopiert – ob in der Musik, in der Mode oder im Sport. Das elterliche Ideal war es auf einmal, bester Freund oder beste Freundin der eigenen Kinder zu sein. Für die jungen Leute wiederum war das sehr bequem. Sie wuchsen in einer familiären Bereitstellungskultur auf – mit großzügigen Eltern, die nur mehr selten Verbote aussprachen, sondern „auf Augenhöhe“ sein wollten.

> **Die Pubertätsrevolte fällt aus, um das familiäre System nicht zu belasten**

Hatte das auch mit den anti-autoritären Erziehungsidealen der 1970er, 1980er Jahre zu tun?
Das hat ganz sicher mit hineingespielt. Das Erziehungsklima der sogenannten bürgerlichen Familie wurde zusehends kooperativer. Drakonische Eltern, vor denen die Kinder sich fürchten mussten, gehörten mit einem Mal der Vergangenheit an. Das hat dann aber zweitens dazu geführt, dass sich die Ängste junger Menschen gewandelt haben.

Nämlich wie?
In allen unseren Studien mit Kindern und Jugendlichen stellen wir die Grundangst fest, dass das familiäre System auseinanderbricht – mit Trennung der Eltern, Scheidung, alleinerziehenden Müttern, desertierenden Vätern, Patchwork-Verhältnissen. Diese Bedrohung überschattet die kindliche und auch die jugendliche Entwicklung. Und das führt dazu, dass bereits Kinder die Verantwortung für die Stabilisierung des Systems Familie übernehmen. Sie entwickeln Techniken der sozialen Kleindiplomatie, sind dadurch sehr kooperativ und lassen oft sogar die Pubertätsrevolte ausfallen, um das familiäre System nicht zu belasten.

Sie sehen also zwei korrespondierende Bewegungen: den Jugendwahn der Älteren und die Systemstabilisierung der Jüngeren?
Genau. Und wenn wir das jetzt mit der 68er-Generation vergleichen, dann war es da genau umgekehrt. Es gab den Abscheu der Erwachsenen gegen die „Hippies“ mit ihren langen Haaren, den komischen Klamotten und verqueren politischen Ansichten. Zudem gab es die autoritär aufgestellten Familien, in deren „Mief“ die Jugendlichen zu ersticken glaubten und deren betonierte Verhältnisse sie aufbrechen wollten.

Wie passt die letzte größere Protestwelle der „Fridays for Future“ in dieses Bild?
In der Metamorphose der Revolten markiert „Fridays for Future“ eine Phase des Übergangs. Ihr Kennzeichen war ein generationenübergreifender kollektiver Kuschelkurs: Kinder, Eltern und Großeltern gingen gemeinsam auf die Straße – für den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen. Schülerinnen und Schüler beantragten Freistunden für ihren „Streik“, und am liebsten war es ihnen, wenn auch die Lehrer mitdemonstrieren gingen für Ziele, deren Umsetzung sie dann wieder von den Erwachsenen erwarteten.

Die Proteste von „Extinction Rebellion“ waren aber schon nicht mehr ganz so kuschelig.
Das Paradox dieser Bewegung, deren sichtbarste Protestform das Festkleben auf Straßen oder Flugzeuglandebahnen war, ist die Selbstlahmlegung: Jugendprotest als offene Revolte hat etwas Ungestümes. Die Klimakleber haben sich selbst um jede Beweglichkeit gebracht.

Und neuerdings haben wir jetzt die „Gen Z“, die zum Protest auf den Straßen aufruft.
Sie müssen den Namenszusatz beachten: Die Initiative nennt sich selbst „Gen Z regelt“. Da klingt schon wieder das Motiv von Ordnung und Disziplin durch. „Geregelte Verhältnisse“ sind an sich kein Rebellen-Ideal. Trotzdem nähern wir uns einem Kipppunkt.

Inwiefern?
In einer unserer jüngsten Jugendstudien haben wir als Pendant zur Sorge junger Menschen vor der Implosion ihres Familiensystems eine große Angst festgestellt, in der Welt draußen den sozialen Tod zu sterben – durch Shitstorms oder Cancelling in den sozialen Medien. Um das zu verhindern, haben sie selbst in den eigenen Peergroups eine „Tarnkappenstrategie“ entwickelt: Sie behalten ihre Meinung für sich, äußern sich nicht öffentlich und wenn doch, dann chamäleonartig, angepasst an den jeweiligen Gesprächskontext.

> **In einem größeren Horizont steht das Bleiberecht in der Gesellschaft auf dem Spiel**

Und das ist falsch?
Es führt jedenfalls zu einem ungesunden Ausdrucksstau mit vermehrten psychosomatischen Symptomen wie Unruhezuständen und Schlafstörungen bis hin zu depressiven Verstimmungen.

Sie sprachen aber von einem Kipppunkt.
Ja, der Ausdrucksstau löst sich, auch weil die Jugendlichen jetzt realisieren, dass die erwähnte Kultur der Bereitstellung durch die Erwachsenenwelt nicht mehr funktioniert: In der Corona-Zeit waren sie die ersten, die weggesperrt wurden, und die letzten, die geimpft wurden. Wohnraum wird zunehmend unbezahlbar – in einem größeren Horizont steht damit das Bleibe-Recht in der Gesellschaft auf dem Spiel. Von maroden Strukturen und kollabierenden sozialen Sicherungssystemen gar nicht zu reden. Die Jugend hat insgesamt das Gefühl: Die Realität bricht ein, und die Zukunft bricht ihnen weg. Und währenddessen orientiert sich die Politik weiter an den Bedürfnissen der Babyboomer-Generation. Diese Wahrnehmung einer großen Ungerechtigkeit lässt nach und nach eine Wut aufkommen, die jetzt zumindest ansatzweise artikuliert werden will.

Die Kündigung des Kuschelkurses?
So weit sind wir noch nicht. Aber der Druck steigt. Dank ihrer kooperativen Prägung werden viele junge Leute jetzt nicht gleich zu Hasardeuren werden. Aber sie werden sich Luft machen.

Das Gespräch führte
Joachim Frank

PRESSESCHAU

Medizinische Versorgung darf keine Frage des Geldbeutels sein

stern

HAMBURG Es ist ein unverschämter Vorschlag der Ärzte – und doch war er abzusehen. Von Beginn an hatte die Ärzteschaft gegen ein Gesetz mobil gemacht, das die Ausgaben der Krankenversicherung in den Griff bekommen soll. (...) Herzlich willkommen also in der Dreiklassenmedizin, wo sich die Frage, wie schnell man versorgt wird, nicht mehr nur danach unterscheidet, ob man gesetzlich oder privat versichert ist. Geht es nach den Ärzten, wird eine zusätzliche Klasse eingezogen: diejenigen gesetzlich Versicherten, die so gut verdienen, dass sie es sich im Zweifel leisten wollen und leisten können, mehrere Hundert Euro pro Arzttermin zu zahlen.

Märkische Oderzeitung

FRANKFURT/ODER Wann bekomme ich einen Arzttermin? Diese Frage bewegt viele gesetzlich Versicherte. Dabei wird gern von Zwei-Klassen-Gesellschaft gesprochen: Gemeint ist, dass es Privatpatienten leichter haben, weil sie für die Praxen lukrativer sind. Allerdings ist nur jeder Zehnte privat versichert. Und auch die gesetzlich Versicherten sind längst gespalten – in die, die lediglich ihre Versichertenkarte vorzeigen und in solche, die zusätzlich Leistungen, welche von der Kasse nicht übernommen werden, selbst finanzieren. Und wer etwa bereit ist, eine Augeninnendruckmessung oder ein großes Blutbild zu zahlen, bekommt von den Buchungssystemen der Praxen häufig schneller einen Termin. Das ist letztlich bereits das, was der Kassenärztechef gerade angedroht und viel Wirbel ausgelöst hat: Schnelle Termine nur bei Barzahlung.

NÜRNBERGER Nachrichten

Dass Ärzte für ihre Arbeit angemessen bezahlt werden wollen, ist nicht verwerflich. Doch gleichzeitig ist es keine revolutionäre Erkenntnis, dass ein Gesundheitssystem nicht unbegrenzt Leistungen finanzieren kann. Die Bundesregierung darf sich nicht darauf verlassen, dass nach den Kürzungen schon alles gutgehen wird. Denn: Die gesetzliche Krankenversicherung lebt von dem Versprechen, dass medizinische Versorgung keine Frage des Geldbeutels sein darf. Wenn dieses Versprechen nicht mehr eingelöst werden kann, ist das ein politisches Versagen.

KÖLNER STADT-ANZEIGER MEDIEN
Ein DuMont Unternehmen

KÖLNER STADT-ANZEIGER
Herausgeber: Prof. Alfred Neven DuMont †, Christian DuMont Schütte, Isabella Neven DuMont.
Chefredakteur: Gerald Selch.
Stellvertreter des Chefredakteurs: Jochen Gaugele.
Stellvertretende Chefredakteure: Dr. Sarah Brasack, Christian Hümmeler, Peter Seiffert.
Leitende Redakteure: Wolfgang Wagner (Politik), Gerhard Voogt (Landespolitik).
Chefkorrespondent: Joachim Frank.
Politik/Nachrichten: Wolfgang Wagner, Julian Preuten; **Köln:** Kendra Stenzel; **Wirtschaft/Arbeit/Leben:** Maria Dohmen; **Sport:** Christian Löer; **Kultur:** Anne Burgmer; **Chefreporter:** Tim Attenberger (Köln), Thorsten Breitkopf (Wirtschaft), Lena Heising, Matthias Hendorf (Köln), Claudia Lehnen, Detlef Schmalenberg, Lars Werner (Sport).
Chef vom Dienst: Nicolas Krizsak.
Produktionssteuerung: Florian Summerer.
Alle verantwortlich und wohnhaft in Köln.

Hauptstadtbüro: Eva Quadbeck (Ltg.); RND Berlin GmbH.
Auslandsvertretungen: Paris: Birgit Holzer; London: Susanne Ebner; Washington: Christian Fahrenbach, Benno Schwinghammer; Brüssel: Sven Christian Schulz; Madrid: Martin Dahms; Athen: Gerd Höhler; Rio de Janeiro: Tobias Käufer.
Nachrichtenagenturen: dpa, afp, sid, kna
E-Mail Redaktion: ksta-redaktion@kstamedien.de
Fax Redaktion: 0221 / 224 2524.
Verlag: M. DuMont Schauberg – Expedition der Kölnischen Zeitung GmbH & Co. KG – ein Unternehmen der Kölner Stadt-Anzeiger Medien, Amsterdamer Straße 192, 50735 Köln.
Postbank Köln, IBAN: DE90 3701 0050 0000 2505 05.
Geschäftsführung: Regine Runte, Christian Hümmeler.
Das Bezugsgeld enthält 7 % Mehrwertsteuer. Freitags mit Prisma, TV-Magazin zur Zeitung.
Gültig: Anzeigenpreisliste Nr. 28 vom 1. Januar 2026 und unsere Allgemeinen und Zusätzlichen Geschäftsbedingungen. Erfüllungsort und Gerichtsstand, soweit gesetzlich zulässig, ist Köln. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr.
Druck: Mittelrhein-Verlag GmbH, Mittelrheinstr. 2-4, 56072 Koblenz
Für die Herstellung des Kölner Stadt-Anzeiger wird Recycling-Papier verwendet.
Abonnenten-Service
Tel. 0221 / 92586420, Fax 0221 / 224-23 32
E-Mail: abo-kundenservice@tageszeitung.koeln
Anzeigen-Service
Verantwortlich: Stephan Kliche.
Tel. 0221 / 92586410, Fax 02 21 / 224-24 91
E-Mail: anzeigen@tageszeitung.koeln
Diese Zeitung wird unter Verwendung von Google-Fonts hergestellt.
Kölner Stadt-Anzeiger online: www.ksta.de